



Inhalt Mai 2013

Seite 1

UNSER TAG

Große Beteiligung an Veranstaltungen zum 1. Mai

Seite 2

WIDERSTAND LEISTEN

IG Metall-Jugend erinnert an Gewerkschafter, die gegen die Nazis gekämpft haben

ERINNERN AN DIE ZUKUNFT

Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser

UN-ANTIRASSISMUS-AUSSCHUSS RÜGT DEUTSCHLAND

Rassistisches Gedankengut ist keine freie Meinungsäußerung

Seite 3

ZU LANGE AUSGEGRENZT

Die nationale Minderheit der Sinti und Roma

UNSERE MINDERHEIT DARF NICHT PAUSCHAL ZU EINER „ÖFFENTLICHEN GEFAHR“ ERKLÄRT WERDEN

Gespräch mit Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Seite 4

KUMPELVEREIN: „STOPP, SO NICHT“

Bildungsunterlagen zum Rechtsextremismus können noch bestellt werden

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

BENACHTEILIGUNGEN AUCH DURCH BETRIEBSVEREINBARUNGEN ABBAUEN

Regierung antwortet auf Kleine Anfrage zu ethnischer Diskriminierung



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

UNSER TAG

Große Beteiligung an Veranstaltungen zum 1. Mai

Rund 425.000 Menschen haben sich an 439 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum diesjährigen 1. Mai beteiligt. Der 1. Mai 2013 stand unter dem Motto: „Unser Tag – Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa“.

Neben den sozialpolitischen Themen, die im Wahljahr eine wichtige Rolle spielen, wurden auch Fragen wie Gleichbehandlung, Antirassismus und der Kampf gegen Rechts thematisiert. Der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, erinnerte auf der Hauptkundgebung auf dem Münchner Marienplatz an die Stürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis und deren Folgen: „Mitbestimmung und Tarifautonomie wurden zerschlagen, der freie Arbeitsbürger wurde entrechteter Teil der faschistischen Volksgemeinschaft. Der Unternehmer wurde zum Betriebsführer, und zum Schluss wurden Millionen Arbeiter Kanonenfutter des Kapitals.“ Das habe auch

mit der Gegenwart zu tun. Sommer: „Und deshalb sagen wir: Dieser Tag ist unser Tag. Nazis haben da nichts zu suchen. Nazis haben nirgendwo in Deutschland etwas zu suchen. Unsere eigene Geschichte verpflichtet uns zum uneingeschränkten Widerstand gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Deshalb bieten wir den Nazis überall die Stirn. Und deshalb wollen wir das Verbot der NPD.“ An den FDP-Vorsitzenden gerichtet ergänzte der DGB-Vorsitzende: „Da geht es auch nicht um das Verbot von Dummheit, Herr Rösler, sondern um das Verbot von Unmenschlichkeit. Es geht darum, den Nazis die Organisationsgrundlagen zu zerschlagen, sie gesellschaftlich zu stigmatisieren und sie von unseren Steuergeldern abzuschneiden.“

Annelie Buntentbach, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, griff in ihrer Rede den anstehenden Prozess gegen die Zwickauer Terrorzelle auf: „Seit

anderthalb Jahren sind inzwischen die Morde des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds bekannt. Jetzt redet alle Welt darüber, wer den Prozess gegen Zschäpe anschauen darf. Das ist wichtig, keine Frage. Aber viel wichtiger wäre es doch, endlich politische Konsequenzen aus diesen Morden zu ziehen! Wie werden die Sicherheitsapparate umgebaut, damit nächstes Mal nicht wieder die Opfer für die Täter gehalten werden? Wie werden den Nazis Grenzen gesetzt, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gefördert? Darauf brauchen wir Antworten, damit dieselben tödlichen Fehler nicht morgen wieder passieren! Wir müssen Nazis klar und eindeutig entgegenreten – das gilt für die Regierung, für die Sicherheitsapparate, für alle politischen Ebenen. Und hier ist ein erster wichtiger Schritt, die NPD endlich zu verbieten“



Der Vorsitzende des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“, Giovanni Pollice, sprach auf einer Mai-Kundgebung des DGB Bobingen im Bezirk Augsburg. Er erinnerte in seiner Rede an die Stürmung der Gewerkschaftshäuser vor 80 Jahren und forderte Zivilcourage ein: „Denn Schweigen und Übersehen bedeutet schon Dulden – Wegschauen und Ausweichen können nicht unsere Sache sein! (...) Der Tag der Arbeit am 1. Mai ist ein Symbol für den Geist des Miteinanders: Dumme braune Parolen schaden unserem Land nur!“



Bei einer Aktion der Jungen BAU bei der Maifeier in Solingen konnten Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch bunte Handabdrücke Spuren hinterlassen. Mit dabei war auch der JG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel.

WIDERSTAND LEISTEN

IG Metall-Jugend erinnert an Gewerkschafter, die gegen die Nazis gekämpft haben



„Ich bin aktiver Gewerkschafter und vor 80 Jahren hätten mich die Nazis auch mitgenommen.“ Mit diesen Worten leitet ein junger Metaller einen kurzen Film ein, in dem er an den Gewerkschafter Willy Rößler erinnert, der nach der Stürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 ge-

werkschaftlichen Widerstand gegen die Nazis organisierte. Willy Rößler gehörte dem 1891 gegründeten Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV), dem Vorläufer der IG Metall, an. Der Kurzfilm wurde am 2. Mai 2013 von der IG Metall-Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen bei Facebook ins Netz gestellt und ist der erste von insgesamt zwölf Kurzfilmen, in denen jeweils ein aktiver Gewerkschafter aus dem DMV vorgestellt wird, der Widerstand gegen die Nazis leistete. Seit dem Start geht jede Woche eine neue Folge ins Netz. Dazu kommen noch eine zusammenfassende Dar-

stellung des Projekts und eine kollektive Abschlussfolge. Im Spätsommer werden alle Kurzfilme auf eine DVD gebrannt.

Gedreht haben die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die zwölf Filme im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen. Dort wurden unter anderen gewerkschaftliche Widerstandskämpfer gefangen gehalten und umgebracht. Dieses Internet-Projekt der Metall-Jugend steht unter dem Motto „Widerstand leisten. Zu jeder Zeit und überall“. Es gehe bei dem Projekt – so IGM-Bezirksjugendsekretär Christian Schletze-Wischmann – einerseits darum zu zeigen, dass Widerstand

gegen die Nazis sich nicht auf die Weiße Rose oder den 20. Juli beschränkt, sondern auch von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern geleistet wurde. Und es geht darum, darauf aufmerksam zu machen, dass Widerstand gegen Rechts auch heute von aktueller Bedeutung ist. Nazis sind eine Bedrohung der Gewerkschaftsbewegung und somit der Demokratie. Wie der eingangs zitierte Kollege in dem Kurzfilm sagt: „Vor 80 Jahren hätten mich die Nazis auch mitgenommen. Und das wäre heute nicht anders – so Christian Schletze-Wischmann. Deshalb ist Gegenwehr gegen Nazis so wichtig.

ERINNERN AN DIE ZUKUNFT

Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser

Mit einer zentralen Gedenkveranstaltung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung an die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 erinnert. DGB-Vorsitzender Michael Sommer würdigte die von den Nazis verfolgten GewerkschafterInnen und ihre Verdienste für das gewerkschaftliche Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit. Bundespräsident Joachim Gauck lobte die heutige Sozialpartnerschaft in Deutschland. Mitbestimmung und Gewerkschaften gehören zum wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik, betonte der Bundespräsident. Anlässlich des 80. Jahrestags der Zerschlagung der Gewerkschaften hatte der DGB auch zwei Sonderpreise für den diesjährigen Wettbewerb gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit „Die Gelbe Hand“ gestiftet. Ausgezeichnet wurden zwei Projekte, die sich auf besondere Weise mit dem Thema „Verwischte Spuren – Würde

und Widerstand im Alltag“ auseinandersetzen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach würdigte die Preisträger bei der Festveranstaltung. Mit dem 1. Preis für ihre Col-

lage „1918 – 1945“ wurde die ver.di-Jugendgruppe und JAV der Stadtverwaltung Herne, die DGB-Geschichtswerkstatt Herne und das Schülerprojekt „Kohlengraberland“

der Erich-Fried-Gesamtschule Herne ausgezeichnet. Der 2. Preis wurde an das Projekt „2. Mai 1933 – Tatort Duisburg“ der DGB-Jugend Duisburg-Niederrhein vergeben.



Das Foto zeigt die Preisträgerinnen und Preisträger zusammen mit Bundespräsident Gauck, dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

UN-ANTIRASSISMUSAUSSCHUSS RÜGT DEUTSCHLAND

Rassistisches Gedankengut ist keine freie Meinungsäußerung



Der UN-Antirassismus-Ausschuss (CERD) hat Deutschland wegen der fehlenden Durchsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung aus dem Jahr 1966 gerügt. Anlass war die Einstellung eines Verfahrens gegen Thilo Sarrazin, das der Türkische Bund Berlin-Brandenburg nach einem Interview Sarrazins in Lettre International angestrengt hatte. Mit dieser Entscheidung „hat Deutschland seine Verpflichtung aus der Antirassismuskonvention

verletzt, eine eventuelle Gefährdung des öffentlichen Friedens effektiv zu untersuchen“, erklärt der UN-Ausschuss. Der CERD empfiehlt Deutschland, „seine Politik und Verfahren mit Blick auf die Verfolgung mutmaßlicher rassendiskriminierender Äußerungen sowie der Behauptung rassistischer Überlegenheit zu überprüfen“. Gleichzeitig wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, das Urteil des CERD „breit zu veröffentlichen“ und es „insbesondere den Staatsanwaltschaften und Ge-

richten bekannt zu machen“. Es sollten auch Schulungen für Richter und Staatsanwälte durchgeführt werden, um die CERD-Bestimmungen besser bekannt zu machen. Außerdem verlangt der Ausschuss innerhalb von 90 Tagen über die getroffenen Maßnahmen informiert zu werden.

Entscheidung des CERD vom 4. April 2013

www2.ohchr.org/English/bodies/cerd/docs/CERD-C-82-D-48-2010-English.pdf

ZU LANGE AUSGEGRENZT

Die nationale Minderheit der Sinti und Roma

„Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“

Das sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog am 16. März 1997 bei der Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums des Zentralrats deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Es hat lange gedauert, bis

der Völkermord an 500.000 Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten anerkannt wurde. Bis in die 1970er Jahre wurden Anträge auf Entschädigung wegen Verfolgung durch die Nazis abgelehnt. Die Begründungen ähnelten der rassistischen Argumentation der Nazis: die Internierung der Sinti und Roma habe der Kriminalprävention gedient. Die Vorurteile und Zuschreibungen gegenüber der Minderheit der Sinti und Roma – kriminell und nicht integrierbar – hatten die Befreiung vom Nationalsozialismus unbeschadet überstanden.

Während der Antisemitismus glücklicherweise geächtet war, gehörte der

Antiziganismus lange zur ideologischen Normalausstattung der Bundesrepublik Deutschland. Das änderte sich erst allmählich, auch dadurch, dass die Selbstorganisationen der Sinti und Roma auf der politischen Bühne aktiv wurden.

Im Jahr 2012 gab es zwei wichtige Ereignisse für die Stellung der Sinti und Roma in Deutschland. Im Oktober 2012 wurde in Berlin das Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma eingeweiht, im November wurden Sinti und Roma in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung als nationale Minderheit anerkannt. Alle im Landtag vertrete-

nen Parteien stimmten dafür. Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland, das diesen Schritt gegangen ist. Antiziganismus ist damit natürlich noch nicht überwunden. Der frühere Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, Wolfgang Benz, mahnte unlängst in einem Kommentar für Forum Migration mit Blick auf den Völkermord an Sinti und Roma: „Den Überlebenden wird politische Empathie in der Öffentlichkeit entgegengebracht, im privaten Raum bleibt es zu oft bei den überlieferten Mutmaßungen, die Abneigung und Ausgrenzung begründen.“

UNSERE MINDERHEIT DARF NICHT PAUSCHAL ZU EINER „ÖFFENTLICHEN GEFAHR“ ERKLÄRT WERDEN

Gespräch mit Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma



Romani Rose

Sinti und Roma machen Diskriminierungserfahrungen wie kaum eine andere Minderheit in Deutschland und sehen sich massiven rassistischen Vorurteilen gegenüber. Daneben gibt es Ereignisse wie die Einweihung des Denkmals für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma oder auch die Anerkennung von Sinti und Roma als nationale Minderheit in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung. Macht Ihnen das Hoffnung? Unbedingt, sowohl die Eröffnung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma am 25. Oktober 2012 in Berlin als auch die Verfassungsergänzung in Schleswig-Holstein am 14. November 2012 waren europaweit sichtbare Signale, die für unsere Minderheit historische Bedeutung haben. Damit wurde der besonderen Verantwortung nach dem Holocaust auch gegenüber unserer Minderheit Rechnung getragen. Mit dem Beschluss des Kieler Landtags wurde erstmals in eine staat-

liche Verfassung geschrieben, dass für unsere Minderheit ein „Anspruch auf Schutz und Förderung“ garantiert wird – gleichberechtigt neben den anderen nationalen Minderheiten. Dies ist nicht nur das sprichwörtliche „Papier“, auf dem der Minderheitenschutz „steht“. Sondern in der Verfassung eines Landes sind die Grundrechte und Staatsziele formuliert, an die sich ein Land letztlich auch halten muss. Nur so wird eine Grundlage zur Bekämpfung der tief verwurzelten Klischees und Vorurteile für ein diskriminierungsfreies Zusammenleben geschaffen.

Derzeit wird ja viel über die so genannte Armutsmigration von Roma aus Bulgarien und Rumänien diskutiert...

Wir sind sehr besorgt über die zunehmend aggressiv geführte Debatte über die Zuwanderungen vorwiegend aus Bulgarien und Rumänien, aber auch aus anderen Ländern. Wir haben an die demokratischen Parteien appelliert, dass die ausschließlich gegen Roma und Sinti gerichteten Diskussionen über Kriminalität und Armutsmigranten nicht weiter zum Wahlkampfthema gemacht werden. Unsere Minderheit darf nicht pauschal zu einer „öffentlichen Gefahr“ erklärt und dadurch öffentlich gebrandmarkt werden. Das geschieht in der letzten Zeit mit pauschalisierenden, meist negativen Zuschreibungen, die nicht den Realitäten entsprechen. Ein Großteil der in den letzten Jahren und Jahrzehnten zugewanderten Roma-Angehörigen übt hier erfolgreich berufliche Tätigkeiten aus. Bezüglich der aus

teilweise menschenunwürdigen Verhältnissen hierher geflohenen Menschen blendet andererseits die Politik oftmals deren Situation in den Heimatländern aus und verschweigt den Grund für ihre Flucht. Immerhin haben einige Medien darüber ausführlicher berichtet.

Dieser Diskurs bereitet uns große Sorge, weil gerade ältere Menschen, die den Holocaust überlebten, aufgrund der öffentlichen Berichte nach den Anschlägen der Terrorgruppe „NSU“ wieder Angst vor rechtsextremer Gewalt haben.

Weit weniger als auf die Armutsmigration wird auf die Arbeitsmigration geblickt. Viele derjenigen, die im Rahmen von Werkverträgen kommen und oft unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten, sind Roma. Warum wird über die kaum diskutiert?

Weil es offensichtlich nicht zu dem Bild passt, das mit den Klischees und pauschalen Zuschreibungen – von den angeblich „nicht arbeitswilligen Roma“ – erzeugt wird. Es wird deshalb auch verschwiegen, dass die Betroffenen vielfach ausgebeutet und rechtlos gestellt werden. Das gilt im übrigen auch bei der Vermietung von Wohnraum an Flüchtlinge durch hemmungslose Wucherer.

Noch einmal zurück zu den Sinti und Roma, die seit Jahrhunderten als nationale Minderheit in Deutschland leben. Diskriminierung und Verfolgung haben natürlich Spuren hinterlassen. Was erwarten Sie von der Politik, aber auch von der Zivilgesellschaft – etwa den Gewerkschaften – um eine

gerechte Teilhabe von Sinti und Roma zu schaffen?

Unsere konkreten Forderungen für eine gleichberechtigte Teilhabe für Sinti und Roma in Deutschland haben wir zuletzt im Oktober 2011 im Innenausschuss des Deutschen Bundestages formuliert. Dabei standen zwei Themen im Vordergrund: Die Beteiligung der Minderheit in konkreten Gremien von Politik und Gesellschaft und eine Reihe dringender erforderlicher Maßnahmen für eine verbesserte Politik gegen Rassismus und Diskriminierung. Nach den Morden der Terroristen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und angesichts der insgesamt 152 Mordopfer, die seit der Wiedervereinigung durch Rechtsextremisten und Neonazis umgebracht wurden, müssen endlich gravierende Schritte zur Bekämpfung dieser gefährlichen Entwicklungen unternommen werden.

Ein weiteres Thema sind schließlich Förderungsmaßnahmen im Bereich der Bildung mit einem geförderten und erleichterten Zugang zu allen Bildungsstufen; damit eine wirkliche Chancengleichheit für unsere jüngere Generation geschaffen wird. Hier gilt es Benachteiligungen, die auch nach 1945 in systematischer Weise gegen unsere Minderheit erfolgten, auszugleichen und zu beseitigen. Für den langen Weg der Durchsetzung haben wir gerade von den Gewerkschaften immer Rückendeckung und Unterstützung erhalten.

(Das Gespräch mit Romani Rose ist stark gekürzt. Die Langfassung steht im Netz unter: www.gelbehand.de/interview_romani_rose)

KUMPELVEREIN: „STOPP, SO NICHT“

**Bildungsunterlagen zum Rechtsextremismus
können noch bestellt werden**

Einige Exemplare der Bildungsunterlagen „Stopp, so nicht – Über den Umgang mit rechtsextremen Äußerungen“ sind noch auf Lager und können bestellt werden. Die vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ veröffentlichte Broschüre enthält neben grundsätzlichen Informationen zu Rechtsextremismus und Rassismus auch Informationen zum Umgang mit rechtsextremen Sprüchen.

Der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, fasst das Anliegen der Veröffentlichung so zusammen: „Diese Bildungsunterlagen geben Aufschluss darüber, was Rechtsextremismus eigentlich ist, was dahinter steckt und was man dagegen tun kann: Die folgenden Kapitel vermitteln kurz und bündig grundlegende Infos, die für die Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

notwendig sind. Denn eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Engagement ist, gut Bescheid zu wissen! Neben den Infos findet man auch zahlreiche Kontakte sowie Anregungen und Beispiele für konkrete Aktivitäten gegen Rechtsextremismus.“

Die Broschüre bietet auch Hinweise auf weiterführende Literatur und Websites.

„Stopp, so nicht – Über den Umgang mit rechtsextremen Äußerungen“ Bestellungen – so lange der Vorrat reicht – an:

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Josef Neumann**, MdL NRW. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. Dirk Bohlmann, EVG, Mitglied des Landesverbandes Bremen und des Bundesvorstandes, Bremen
2. Christian Bormann, EVG, Vorsitzender des Betriebsrates DB Netz AG, Wahlbetrieb Erfurt und Mitglied des EVG Bundesvorstandes, Weimar
3. Trinitario Jesus Hernandez, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises des Bezirks Freiburg, Waldkirch
4. Klaus Meier, GEW, stellv. Kreisvorsitzender Hannover Stadt, Celle
5. Frank Lattrich, IG BAU, Duisburg
6. Josef Neumann, ver.di, MdL NRW, Solingen
7. Kai Venohr, GEW, Referent beim DGB Bildungswerk Bund, Dortmund
8. Ralph Wieduwilt, Mitglied des Gemeinderates Nordstemmen, Nordstemmen

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorstandsvorsitzender

BENACHTEILIGUNGEN AUCH DURCH BETRIEBSVER- EINBARUNGEN ABBAUEN

**Regierung antwortet auf Kleine Anfrage
zu ethnischer Diskriminierung**

Insgesamt 24 Fragen hat die Bundstagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung im März 2013 formuliert, Thema: „Ethnische und rassistische Diskriminierung in Deutschland“. Die Themenpalette reicht von Benachteiligung in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt bis zum Racial Profiling.

In der Anfrage wird u. a. auf eine Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsmarkt verwiesen: „Bei gleicher schulischer und sprachlicher Qualifikation erhalten Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte zu 20 Prozent seltener einen Ausbildungsplatz als Jugendliche ohne Einwanderungsgeschichte.“

Die Bundesregierung sieht auch Schwierigkeiten. Deshalb sei es vorrangiges Ziel, „vorhandene Zugangsbarrieren in Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche mit Migrationshintergrund abzubauen. Daher sind junge Menschen mit Migrationshintergrund eine wesentliche Zielgruppe des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2010 bis 2014.“

Um einen anderen Punkt herauszugreifen, der immer wieder einmal in die Diskussion gerät: Die so genannten Positiven Maßnahmen (§ 5 Allgemeines Gleichstellungsgesetz), die grob gesagt die Bevorzugung von Menschen auf dem Arbeitsmarkt beinhalten, die zu einer strukturell benachteiligten Gruppe gehören. Die Bundesregierung wird gefragt, ob sie beabsichtige, positive Maßnahmen verbindlicher zu machen, um mehr Gleichstellung zu erreichen. Die Antwort heißt zusammengefasst: nicht zuständig. Deshalb wird auf die verwiesen, die etwas bewegen können: „Die jeweiligen Akteure (Tarifvertragsparteien, Arbeitgeber, Beschäftigte sowie deren Vertretungen)

sind aufgerufen, im Rahmen ihrer Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten Benachteiligungen u. a. auch aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft zu verhindern oder zu beseitigen. Ein verbindlicher Rahmen für positive Maßnahmen kann u. a. durch den Abschluss von Betriebsvereinbarungen gesetzt werden.“

Die Kleine Anfrage im Internet:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/129/1712919.pdf>

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900